

## Straßenbeiträge beschlossen Die Umverteilung geht weiter

Am 19. Dezember 2017, kurz vor Weihnachten, gab es eine Stadtverordnetenversammlung, deren Ergebnisse wir spüren werden.

Neben den in der Bevölkerung breit abgelehnten Straßenbeiträgen kam die Erhöhung der Abwassergebühren auf die Tagesordnung. Der erneute Griff in die Taschen der Einwohner wurde mit der Mehrheit der Stadtkoalition beschlossen.

In der „großen“ Politik wird seit Jahren beklagt, dass wir in einem reichen Land leben, sich aber immerzu die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Man nennt es auch Umverteilung von unten nach oben. Vor Ort wird die gleiche Politik vollzogen. Viele Stadtverordnete, auch Sozialdemokraten, wissen von dieser Umverteilung.

Als es um den sogenannten Schutzschirm ging, hat es die SPD-Spitze

richtig formuliert und wir wiederholen es gern: *„Der Schutzschirm ist ein mieses und erpresserisches Spiel der Landesregierung“*, meinte Thorsten Schäfer-Gümbel, und Gerold Reichenbach (damals SPD-MdB) sagte: *„Praktisch wird beim Schutzschirm nur Geld von unten nach oben verschoben.“* Das alles stimmt und es gilt auch für die gesamte Entwicklung in unserer Stadt in den letzten Jahren.

Dazu gehören die Einführung der Straßenbeiträge und die ständigen Erhöhungen kommunaler Abgaben, die im Parlament unserer Stadt erfolgten.

Wir meinen: Es reicht! Die Stadt hat noch keinen neuen „Sozialbericht“ vorgelegt. Er wird aber belegen: Die Armut macht um unsere Stadt keinen Bogen. Wer die Berichte aus der hiesigen „Speisekammer“ zur Kenntnis nimmt, wer weiß, wie die

Stimmung in unserer Stadt ist, hätte als Abgeordneter, der seinen Wählern verpflichtet sein sollte, zu dem neuen Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger nur „Nein“ sagen dürfen.

Die Bürgeraktion „Gemeinsam gegen Straßenbeiträge“ in Mörfelden-Walldorf hat fast 2600 Unterschriften gesammelt und übergeben.

Es gab Proteste im großen Saal des Bürgerhauses. Seit den Zeiten, als es um die Startbahn/West ging, gab es kein Thema, das den Saal so füllte.

Gelernt haben die Verantwortlichen nichts. Sie ignorierten die Unterschriften und drückten die Straßenbeiträge durch. Und obendrauf noch die Kanalgebührenerhöhung.

Es gab nicht ein entgegenkommendes Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger. Es gab keinen Versuch, auf die Vorschläge der Bürgeraktion einzugehen. Auch keinen Gedanken, mit der Rüsselsheimer SPD solidarisch zu sein. Man hat neue Abgaben beschlossen, von denen keiner weiß, wie hoch sie ausfallen werden.



**Straßenbeiträge beschlossen**

**Kanalgebührenerhöhung  
beschlossen**

**Protest im Rathaus**

### **Aktueller Heine**

Vertrauet  
eurem Magistrat,  
der fromm und liebend  
schützt den Staat  
durch huldreich  
hochwohlweises Walten;  
euch ziemt es,  
stets das Maul zu halten.

HEINRICH HEINE, 1853



Die Bürgeraktion „Gemeinsam gegen Straßenbeiträge“ in Mörfelden-Walldorf übergab fast 2600 Unterschriften im Rathaus Walldorf an Bürgermeister Heinz-Peter Becker und den Ersten Stadtrat Burkhard Ziegler. Gelernt haben die Empfänger nichts. Sie ignorierten die Unterzeichner und drückten die Straßenbeiträge durch. Man darf nicht alles vergessen!



Der Bürgermeister übernahm das Paket. Ob bei ihm Nachdenklichkeit aufkam, bleibt sein Geheimnis. Er blieb ein Verfechter der Straßenbeiträge.

## Oben beschließen unten jammern

Wer mit jenen diskutiert, die jetzt die Abzocke-Beschlüsse gefasst haben, hört immer wieder: „Wir können nicht anders“. Wenn man auf die Erpressung von „oben“ hinweist, gibt es manchmal sogar ein Kopfnicken. Keiner gibt zu, dass man, vor allem auch im Landtag, selbst beteiligt war, am großen Plan der neoliberalen Umverteilung.

Beispiele:

15. 12. 2010: Der Landtag beschließt mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen die

Einführung einer „Schuldenbremse“ in Artikel 141 der Verfassung. Die Fraktion der Partei Die Linke lehnte ab. Die Aufnahme der Schuldenbremse erfolgt dann per Volksabstimmung.

Seit der Änderung des hessischen Gesetzes über die kommunalen Abgaben im Jahr 2012 können die Kommunen Grundstückseigentümer zur Finanzierung von Straßen, Wegen und Plätzen neben der einmaligen Beitragserhebung auch über wiederkehrende Straßenbeiträge an den Kosten beteiligen.

13.12.2012: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 37 Ja-Stimmen gegen die Stimmen der DKP/LL eine Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B von 290% auf 310%.

5. 2. 2013: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 36 Ja-Stimmen gegen die Stimmen der DKP-LL: Der Magistrat wird beauftragt, mit dem Land Hessen einen Konsolidierungsvertrag hinsichtlich der Teilnahme am kommunalen Entschuldungsfonds (Schutzschirm) zu schließen.

11. 5. 2013: Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 24 Ja-Stimmen bei 14 Nein-Stimmen (DKP-LL und CDU) die nächste Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer B: Er wird von bisher 310% auf 390% angehoben - dann wurde er bis auf 790% erhöht.

### Abwassergebühren kurz vor Weihnachten erhöht

Man ist schon recht geschickt in der Ziegler-Kämmererei. Kurz vor der Stadtverordnetenversammlung verkündete man die Absicht, die Kanalgebühr um 20% zu erhöhen - so geschah es dann auch bei der letzten Sitzung im alten Jahr. Ab 1. Januar wird es auch hier teurer.

Wenn es nur bei dieser Erhöhung bliebe! Wer alles zusammenzählt: Grundsteuer B (auch wenn sie jetzt leicht gesenkt wird), Straßenbeiträge, div. Kürzungen vor Ort, spürt: Die kommunale Abzocke nahm Fahrt auf. Höchste Zeit für Protest und Widerstand.

### Die DKP/LL fragte nach dem Alter der Straßen

Daraus kann man durchaus Schlüsse ziehen, wann, trotz regelmäßiger Schadensbeseitigung, eine grundhafte Sanierung notwendig wird. Immerhin hörte man vom Bürgermeister, dass Straßen je nach Nutzungshäufigkeit zwischen 30 und 40 Jahren halten.

### Die Antwort der Stadt:

In Walldorf wurden insgesamt 151 Straßen genannt.

Jünger als 25 Jahre waren 14 Straßen.

Zwischen 1992 und 1977 wurden 15 Straßen gebaut.

Älter als 1977 (also 40 Jahre) sind insgesamt 122 Straßen - das sind 81%.

In Mörfelden

sind 13 der insgesamt 167 Straßen jünger als 25 Jahre.

Zwischen 1992 und 1977 wurden 26 Straßen gebaut.

Älter als 40 Jahre sind 128 Straßen - das sind 77%.

Singen wir also das Lied:

*Nur die Hoffnung festgehalten - wanke nicht bei Gram und Qual - alles wird sich schon gestalten ...*



## Glyphosat - Profit vor Gesundheit

Glyphosat ist das am häufigsten eingesetzte Pestizid weltweit. Es ist die biologisch wirksame Hauptkomponente vieler Pflanzenschutzmittel und wurde in den 1970er Jahren vom US-Agrarkonzern Monsanto, der jetzt von der Bayer AG übernommen wurde, auf den Markt gebracht.

In den letzten Jahren kam Glyphosat ins Gespräch, da es von der „Internationalen Agentur für Krebsforschung“ der Weltgesundheitsorganisation WHO als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft wird. In den USA laufen Sammelklagen gegen Monsanto, weil ihr glyphosathaltiges Pflanzenschutzmittel „Roundup“ bei tausenden Menschen Lymphdrüsenkrebs ausgelöst haben soll. Untersuchungen an der Uni von Córdoba (Argentinien) legen nahe, dass das Pflanzengift in einigen Regionen zu einer Verdreifachung der Krebsrate bei Kindern führte und Fehlgeburten sowie Geburtsschäden dramatisch zugenommen haben.

**Wenn auch von der „großen Politik“ ein grundlegender Kurswechsel momentan nicht zu erwarten ist, kann man im „Kleinen“ Schritte in diese Richtung gehen.**

**Es gab einige Initiativen der DKP/LL im Stadtparlament Mörfelden-Walldorf, zukünftig auf den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln mit Glyphosat zu verzichten und dies auch allen Grundstückseigentümern nahelegen. Dies ging der Stadtkoalition aber wohl zu weit - unsere Vorschläge wurden abgelehnt. Wir werden an diesem Thema dranbleiben.**

Glyphosat ist aber nicht nur gefährlich für den Menschen. So zeigte eine Studie, dass Glyphosat das Orientierungsverhalten der Honigbienen deutlich beeinträchtigt: schon bei erstmaligem Kontakt mit einer glyphosathaltigen Futterquelle verlängerte sich die Rückkehr von Bienen zum Stock deutlich. Eine weitere Auswirkung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes ist der Verlust von Begleitflora und Ackerrandstreifen und dem daraus resultierenden Nahrungsmangel für Insekten und Feldvögel. Wenn Bienen als Bestäuber zunehmend ausfallen, wirkt das letztlich auch wieder zurück auf den Menschen.

Die Rückstände von Glyphosat sind auch in Deutschland in vielen Lebensmitteln zu finden: In Getreide, Bier, Milch und Muttermilch. Das Umweltbundesamt stellte eine deutliche Zunahme der Glyphosat-Konzentration im Urin junger Erwachsener fest.

Im Unterschied zum Umweltbundesamt kamen jedoch das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) und die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) zu dem Schluß, Glyphosat sei unbedenklich. Allerdings wurde inzwischen bekannt, dass das BfR große Teile seiner Bewertung einfach aus dem Zulassungsantrag von Monsanto abgeschrieben hat!

Die Verlängerung der Genehmigung für den Einsatz von Glyphosat in den zuständigen EU-Ausschüssen verlief schleppend. Monsanto und anderen Chemiekonzerne drohten der EU-Kommission noch im Oktober mit Schadenersatzforderungen von bis zu 15 Milliarden Euro, sollte das Mittel nicht weiter zugelassen werden. Auf der anderen Seite hatte eine Bürgerinitiative EU-weit über 1,3 Millionen Unterschriften gegen die weitere Zulassung des Mittels gesammelt, mehr

als die Hälfte davon in Deutschland. Bei der entscheidenden Sitzung der EU-Kommission am 27.11. wurde der Glyphosat-Einsatz in der EU schließlich für fünf weitere Jahre erlaubt, u.a. mit der Stimme des Bundeslandwirtschaftsministers Schmidt (CSU). Bisher hatte sich Deutschland in dieser Frage enthalten.

Die Entscheidung der EU stellt einen Sieg für Monsanto und die Bayer AG dar. Offenbar ist für die EU-Kommission der Einsatz des Unkrautvernichters aus der industriellen Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken. Glyphosat ist ein Symbol für die industrielle Landwirtschaft und für die Sackgasse, in der diese heute dominierende Form der Landwirtschaft steckt.

Bereits im Weltagrarbericht der Vereinten Nationen von 2008 wurden eine Abkehr von der industriellen Agrarproduktion, Sortenvielfalt statt Monokulturen und mehr agrarökologische Methoden anstatt Überdüngung und immer mehr Pflanzenschutzmitteleinsatz gefordert.

### Pestizidfreie Kommunen erkämpfen

Deutschlandweit verzichten bereits 100 Städte und Gemeinden auf Glyphosat und andere Pestizide bei der Pflege ihrer Grün- und Freiflächen. Um diesen Einsatz zu dokumentieren und zu würdigen, hat der BUND eine interaktive Karte dieser pestizidfreien Kommunen veröffentlicht. „Mit dem Bekenntnis zur pestizidfreien Kommune kommen die Kommunalpolitiker ihrer Verantwortung für Menschen und Umwelt nach. Sie zeigen, es geht auch ohne Glyphosat“, sagt Corinna Hölzel, Leiterin des BUND-Projekts „Pestizidfreie Kommune“.

<https://www.bund.net/umweltgifte/pestizide/>  
Aktuell entschied z.B. der Gemeinderat der niedersächsischen Kommune Artland im Dezember mit klarer Mehrheit, den Einsatz von Glyphosat auf von der Gemeinde verpachteten Flächen zu verbieten.

Die Stadt Mörfelden-Walldorf gibt zwar an, selbst kein Glyphosat einzusetzen, nach unserer Kenntnis wird es aber weiterhin von der Bahn AG und von Hessenforst benutzt.



*Tim Beyermann, Mitarbeiter an dieser Jugendseite, studiert ein Jahr in Japan. Er berichtet von hier für den „blickpunkt“. Heute schreibt er:*

Meine nächste Reise führte mich nach Hiroshima. Dort hatte ich das Privileg, mit einer Überlebenden der Atombombe, die 1945 auf Hiroshima geworfen wurde, zu sprechen und einem ihrer Vorträge beiwohnen zu dürfen. Obwohl sie damals erst ein Kind im Grundschulalter war, erinnert sie sich noch ganz genau an den Tag, an dem 80.000 Menschen auf der Stelle ihr Leben verloren. Sie erzählt der Gruppe von Studenten und Touristen, die sich zu ihrem Vortrag angemeldet haben, lebhaft von den Ereignissen des sechsten August 1945. Sie scheute sich nicht, uns die furchtbaren Verstümmelungen zu beschreiben, die sie in den Tagen und Wochen nach der Bombe zu sehen bekam. Am intensivsten in ihr Gedächtnis gebrannt hat sich die Treppe zum Shinto-Tempel nahe ihres Elternhauses. Hunderte Menschen sind in ihrer Verzweiflung damals in Richtung der Berge und des Tempels geflohen. So hatten sie es in den Bombendrills gelernt. Nun lagen sie mit ihren Verbrennungen, fehlenden Gliedmaßen, deren Wunden oft zugeschmolzen waren, auf den Treppen des Tempels und schrien um Hilfe. Im Vortragsraum war bei diesem Teil der Geschichte Totenstille. Dann reichte sie uns Aufnahmen des US-Militärs von Überlebenden mit schweren Verletzungen, die Tage nach dem Abwurf gemacht wurden. Anschließend gab sie uns Zeichnungen, die von Kindern in Zusammenarbeit mit Künstlern erstellt wurden, die verbildlichten, was diese Kinder nie wieder vergessen konnten. Ich fragte

sie, was sie von „ICAN“, zu Deutsch der „Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“, hält. Sie sagt, dass sie sich unheimlich über die Aufmerksamkeit freut, die der Organisation zu Teil wird, die dieses Jahr mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Ihrer Meinung nach ist die Gefahr durch Atomwaffen heute so groß wie zu Zeiten des kalten Krieges, wenn nicht größer.

Nach dem Tod ihres Mannes, der das „Memorial Park“-Museum in Hiroshima leitete, hat sie Englisch gelernt und es sich zur Aufgabe gemacht, so vielen Leuten, wie sie kann, ihre Geschichte zu erzählen. Wir sind, sagt sie nach dem Vortrag, jetzt auch eingeweiht und damit mindestens so wertvoll wie Zeitzeugen. Wir sollen sie nicht vergessen.

Nach diesem Satz verlässt sie unter Applaus den Raum.



Es ist ein Thema, das, wie ich finde, uns alle angeht. Ein Zeichen gegen diese furchtbaren Waffen zu setzen sehe ich als Aufgabe jedes einzelnen. Widerstand findet man dagegen überall, manchmal schon, wenn man nur ein Schild in seiner Stadt aufhängen möchte, das sich gegen Atomwaffen ausspricht.

(s. „blickpunkt“ Juni 2017)

*Foto: Der Autor mit Mitgliedern seiner Forschungsgruppe im „memorial park“ in Hiroshima.*

**Eine neue Erhebung Stockholmer Friedensforscher zeigt, wie die Rüstungskonzerne von der Militarisierung der Politik profitieren. Kaum hat die Antiatomwaffenkampagne „ICAN“ den Friedensnobelpreis in Empfang genommen, belegen frische Zahlen, dass das weltweite Waffengeschäft blüht und gedeiht. Die großen Rüstungskonzerne wachsen dank zunehmender Militarisierung der Politik immer weiter und deutsche Unternehmen haben die Nase mit vorn, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri ermittelt hat: Die Waffenverkäufe der 100 Branchenführer sind 2016 nach einer Delle in den vergangenen fünf Jahren um 1,9% gegenüber 2015 auf 374,8 Milliarden Dollar (318,4 Milliarden Euro) gestiegen. Seit 2002 macht das unter dem Strich ein Plus von 38%.**

**Die führenden deutschen Rüstungsschmieden legten 2016 im Durchschnitt um 6,6% auf sechs Milliarden Dollar zu. An der Spitze: Rheinmetall mit 13,3% und Krauss-Maffei Wegmann mit 12,8%. Internationaler Spitzenreiter bleiben die USA. Lockheed Martin machte als unbestrittene Nummer eins bei einem Umsatz von 40 Milliarden Dollar mit Rüstung einen Profit von 5,3 Milliarden Dollar und legte um zehn Prozent zu.**

*Wo die Stadt Hiroshima einst stand  
Wo die Asche der zweihunderttausend  
jetzt ruht*

*Dort wächst jetzt das Gras und das  
Unkraut wächst weiß*

*Zwei jener Bomben sind mehr als genug*

*Drum Brüder und Schwestern Augen auf  
gebet acht*


*dass die dritte der Bomben nicht kommt.*

*Am 1. Mai 1961 sang der Singkreis der Naturfreunde  
und Gewerkschaften dieses Lied auf der Bühne des  
Mörfelder Volkshauses.*

Im September 1944 wurde die „Abt. Flugmotoren- und Panzermotoren-Instandsetzung“ heimlich aus dem Bereich des Flughafens in das Volkshaus Mörfelden verlegt, um diese kriegswichtigen „Spezialwerkzeugmaschinen und Sonderbearbeitungsmaschinen“ – damals „High-Tech“ – in einem Wohngebiet zu verstecken und so den Bombardierungen des damaligen Luftwaffenstützpunktes durch die Alliierten zu entziehen.

Bei den Vorbesprechungen mit der „Deutschen Zeppelin-Reederei“ und Militärs im Mörfelder Rathaus kam dem Nazi-Bürgermeister Geiß ein Geheimschreiben abhanden, was ihn monatelang mit großer Sorge erfüllte.

Am 15. Februar 1945 versuchte er sich aus der peinlichen (und gefährlichen) Lage mit einem Brief an den Landrat herauszuwinden:

Ich habe deshalb am 14.2.1945 nochmals mit den in Frage kommenden Herren Rücksprache genommen, ob sich das Geheimschreiben evtl. in ihren Akten befände, jedoch alles Suchen dieserhalb war wiederum vergeblich. -  
 Ich versichere, daß außer mir, den drei Herren und meiner Sachbearbeiterin Frä. Bauer von diesem Geheimschreiben niemand Kenntnis genommen hat und auch sonst niemand in die Hände gefallen sein kann.  
 Der Bürgermeister:  


*Der Nazi-Bürgermeister hat die Hosen voll: Ein Geheimschreiben ist verschwunden*

Aber das Volkshaus war nicht das einzige geheime Militärobject in Mörfelden. Auch im Wasserturm befand sich eine Wehrmachts-Einrichtung, die für die Zivilbevölkerung vielleicht noch gefährlicher war. Am 8. April 1944 schloß Bürgermeister Geiß mit einem Stabszahlmeister der „Dienststelle L. 38 373 Lg.Pa, Ffm“ eine „Leistungsvereinbarung“ über die Nutzung des Wasserturmes ab.

Mit Zwecke der Wehrmacht wurden von der (Redaktion) alle aufgrund des § 5 L.L.G. im Gebäude des (Leistungspflichtiger) nachstehende Räume ab 1.2.1944. in Anspruch genommen:  
**Der Wasserturm der Gemeinde Mörfelden**  
 insgesamt : 179 qm.  
 (Aufzählung der einzelnen Räume mit Größenangabe)  
 +) über die Höhe der Vergütung wird - vorbehaltlich der Genehmigung durch das Reichswirtschaftsministerium - K.L.G. eine Vereinbarung getroffen:  
 179 qm. a RM 0,25 = 44,75 RM monatlich  
 ( Wörtlich Vierundvierzig RM 75/ 00 )

*Militärischer Ausguck für einen Appel und ein Ei: Mietvertrag für den Wasserturm*

Hinter der etwas rätselhaften Bezeichnung der Dienststelle verbarg sich die „Flakscheinwerfer-Abteilung 299“ der Luftwaffe, die der 21. Flak-Division unterstellt war. Die Vereinbarung brachte der Gemeinde Mörfelden ganze 44,75 Reichsmark pro Monat, das entspricht 25 Pfennigen pro Quadratmeter.

Die Hausherren des Wasserturms waren damals also nicht mehr die Wasserwerke, sondern die Befehlshaber der 21. Flakdivision, Generalleutnant Kurt Steudemann (vom 1. März 1943 bis 6. Juni 1944) und Generalleutnant Ernst Buffa (vom 6. Juni 1944 bis 30.11.1944).

### Die Hausherren im Mörfelder Wasserturm im Jahr 1944



*Generalleutnant Kurt Steudemann (links) - Generalleutnant Ernst Buffa (rechts)*

Für die 44,75 Reichsmark pro Monat hatten diese Flak-Offiziere und ihre Untergebenen einen erstklassigen Rundblick bis hin zu den Städten Frankfurt und Darmstadt, die ununterbrochen bombardiert wurden, und konnten von der Aussichtsplattform des Wasserturmes ihre Scheinwerfer-Abteilungen koordinieren.

Die Gemeinde jedoch handelte sich damit eine akute Gefährdung der Zivilbevölkerung ein. Den alliierten Fliegern diente der Wasserturm nicht nur als markanter Geländepunkt. Sie konnten sich auch denken, dass die Wehrmacht auf den hervorragenden Rundumblick nicht verzichten würde.

*(Weswegen die US-Armee übrigens vor wenigen Jahren im Irak viele Wassertürme sprengte, darunter den von Mossul.)*

Heinz Hechler aus Mörfelden, Mitglied der „blickpunkt“-Redaktion, schrieb über diese Zeit:

*„Die Front in Ost und West rückt der Heimat näher. Immer mehr hat die Zivilbevölkerung unter den Luftangriffen zu leiden. Selbst am hellen Tag kreisen manchmal Tiefflieger über den Häusern unserer Gemeinde und schießen MG-Garben auf alles, was sich bewegt (...). Plötzlich stürzte brennend eine Maschine ab, und noch eine zweite torkelte zu Boden. Fallschirme öffneten sich - die Piloten konnten sich retten. Große Teile und der Motor der einen Maschine stürzten in die Elisabethenstraße von Mörfelden und die Tragfläche zwischen die Häuser in der Westendstraße. Das zweite Flugzeug zerschellte an Bäumen des nahegelegenen Waldes.“*

Unsere Serie „blickpunkt-Geschichte“, heute gab es einen Beitrag von A. J. Arndt, wird fortgesetzt. Im Februar folgt ein Beitrag von B. Alpmann über die Kornsand-Morde am 21. März 1945 und einen Bericht über das Vorrücken der US-Armee. Denn schon am nächsten Tag überquerten die ersten Gruppen von George S. Patton, Oberbefehlshaber der 3. Armee der US Army, bei Nierstein den Rhein.

## Das war mal wieder eine Nummer!

Ab und zu, wenn der Sponsor mal wieder sponsert, erscheint „WIR“ - die Zeitung der hiesigen SPD. Hochglanz und ganz schön bunt.

Man ist hier aufgeregt und verstört, weil viele Bürger sich wehrten gegen den geballten Sozialabbau in unserer Stadt.

Werner Schmidt, der „erste Bürger der Stadt“, forderte „Fair Play statt Wut und Zorn“, beklagt aber in der gleichen Ausgabe „das unverantwortliche Geschwätz zu städtischen Maßnahmen, die ganz bewusst falsch mit Wut und Zorn dargestellt werden“. Später meint er: „Diese Methode kennen wir inzwischen, die AfD benützt sie genüsslich.“

Dann fabuliert er noch einiges zusammen: Alles sei billig und infam. Man hätte die Ängste der Mitbürger benutzt, um sie parteipolitisch vor den Karren der DKP zu spannen.

Ja und die DKP würde mit diesen Tönen den Rechtspopulisten den Boden bereiten. Ein wenig holperig formuliert - aber so denkt er halt.

Sollte er mal für das Amt des Bürgermeisters kandidieren, wird er sicher ankündigen, er wolle Bürgermeister aller Bürger sein oder so ähnlich.

Ein zweiter Spitzenmann der SPD darf in „WIR“ zu Wort kommen - Alexander Best. Er schreibt: „Dank der an Hysterie grenzenden Propaganda von DKP und Grünen ist die Verunsicherung vieler Menschen in unserer Stadt sehr groß.“

Das alles sind eigentlich unverantwortliche Beschimpfungen, nur noch übertroffen von den Aussagen des Koalitionspartners „Freie Wähler“: „Linke Hetzer... verunsichern die Bürgerinnen und Bürger.“

**Wir bedanken uns  
für die großen und kleinen  
Spenden, die wir erhalten.**

**Unser Spenden-Konto:  
Kreissparkasse GG**

**IBAN  
DE37 5085 2553 0009 0034 19**

## Der Niedergang

Nein, wir reden hier nicht von Martin Schulz, der mit markigen Worten den SPD-Bundestagswahlkampf eröffnete, der dann wollte, dass die SPD sich in der Opposition erholt und danach elendig einknickte.

Wir bleiben vor Ort: Die Durchsetzung der Straßenbeitragsatzung schadet der SPD - sie ahnt es. Lernt aber nichts daraus.

Schon in der gut besuchten Bürgerversammlung am 26. Oktober im Bürgerhaus zog der Erste Stadtrat Ziegler über die SPD her. In der Stadtverordnetenversammlung am 19. Dezember wurde vom Sprecher der Freien Wähler Rommel die SPD erneut „demontiert“. Dafür wird der FW-Sprecher sogar noch von sozialdemokratischen Stadtverordneten beklatscht. Man schüttelt den Kopf.

Auch die hiesigen Sozialdemokraten wissen: Wir werden von der Landesregierung brutal erpresst, die grüne Regierungspräsidentin in Darmstadt ist auch nicht zimperlich.

Das Regierungspräsidium will - so heißt es - keinen Haushalt genehmigen ohne die Straßenbeiträge.

Die Straßenbeitragsbefürworter sagen „Wenn kein Haushalt - dann keine Zuschüsse für Vereine!“ Man spielt die Bürgerinnen und Bürger gegeneinander aus. Diese Politik der Erpressung deformiert auch die Zustimmung - sie werden zu Befehlsempfängern.

Jeder will, dass die Vereine unterstützt werden! Was hier geleistet wird für die Gesundheit der Menschen, für die Integration und die Gemeinschaft, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Wer den Gegnern der Straßenbeiträge unterstellt, sie würden die Leistungen und Aufgaben der Vereine nicht sehen, spielt auf dem Klavier der Verleumdungen.

Es wäre richtig gewesen, wenn sich die Sozialdemokraten von Mörfelden-Walldorf entschieden gegen die Erpressung von oben gewehrt hätten.

„Etwas vorgelegt zu bekommen, mit der Ansage, ich darf nur mit Ja stimmen, ist keine Entscheidung“, sagte die SPD-Fraktionsvorsitzende im Rüsselsheimer Parlament. „Wichtige Rechte mussten schon oft hart erkämpft werden, bis sie durchgesetzt wurden: Das erreichen wir nicht, indem wir heute einknicken.“ Solche Sätze hätte wir gern in unserer Stadt von SPD-Leuten gehört.

## ... abgelehnt ... abgelehnt ... abgelehnt ...

**Unserer Leserinnen und Leser die die örtliche Kommunalpolitik verfolgen, wissen, was jetzt folgt.**

**Nun also mal wieder eine kurze Übersicht, was mit den Anträgen der DKP/LL zum Doppelhaushalt geschehen ist:**

Die Stadtverordnetenfraktion hatte zahlreiche Anträge zum Haushalt gestellt.

Beispiele:

„Der Hebesatz der Grundsteuer B wird zum 1. Januar 2018 auf die im

„Schutzschirmvertrag“ angekündigte und vereinbarte maximale Höhe von 430% gesenkt.“

„Die Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrats wird mit einem kw-Vermerk versehen“. (kw = kann wegfallen)

„Der Magistrat wird gebeten, ... einen Bericht zum Denkmalschutz in unserer Stadt vorzulegen ...“

„Der Magistrat wird gebeten, im Lauf des Jahres 2018 die Wahl eines Seniorenbeirats für die Stadt Mörfelden-Walldorf auszuschreiben. ...“ →

# KEINE WEITERE FLUGHAFENERWEITERUNG



## Es regnete mal wieder Kerosin

Wegen technischer Probleme hat wieder ein Flugzeug viele Tonnen Kerosin über dem Pfälzerwald abgelassen. Die Frachtmaschine des Typs Boeing 747 der Airline Cargolux war am 4.11.2017 auf dem Weg von Luxemburg nach Kuala Lumpur, als der Pilot ein Problem mit den Landeklappen meldete. Er hat dann in einer Höhe von 4267 Metern nach eigenen Angaben 50 Tonnen Treibstoff abgelassen, so die „Deutsche Flugsicherung“ (DFS) in Langen.

Erst zwei Wochen vorher hatte ein Passagierflugzeug über der Pfalz und Südhessen 40 Tonnen Kerosin abgelassen. Betroffen war ein A380 der Lufthansa auf dem Weg von Frankfurt nach Houston/Texas, bei dem es kurz nach dem Start zu technischen Problemen am Fahrwerk kam.

Im September hatte eine Boeing 747 mit Ziel Orlando/USA sogar 75 Tonnen

Kerosin über Südhessen und der Pfalz abgelassen - ebenfalls wegen Fahrwerksproblemen.

Während über das „Fuel Dumping“ genannte Kerosinablassen allein der Pilot entscheidet, ist die Deutsche Flugsicherung zuständig dafür, wo der Treibstoff abgelassen wird. Die Mindesthöhe für solche Manöver liegt bei 1830 Metern. Umstritten ist, wie viel Kerosin im Fallen verdunstet und wie viel auf dem Boden aufkommt. Immer wieder kritisiert wird auch das Fehlen von Studien zu Auswirkungen auf Mensch und Umwelt.

## LESERBRIEF

Bei der 229. Montagsdemo am Flughafen hat ein Redner - Hans Schinke - einen „geschichtlichen“ und persönlichen Überblick gegeben: „Sind das denn eigentlich alles nur Spinner, die eine Ausweitung des Nachtflugverbots auf 22 – 6 Uhr fordern und eine Begrenzung der Flugbewegungen auf 380.000? Oder sollten sie gar zum Arzt gehen, wie der verstorbene Ex-Kanzler Helmut Schmidt es einmal empfohlen hat, weil sie Visionen haben, nämlich die

*Vision, dass die neue Landebahn eines Tages wieder stillgelegt wird?*

*Vision Rauchverbot in Lokalen. Vision Abschaffung der Wehrpflicht. Vision Wiedervereinigung. Vision Abschaltung der Kernkraftwerke, Vision Ehe für alle. Sollten das alles nur Kranke gewesen sein, die eigentlich dringend zum Arzt müssten? Die Geschichte hat Helmut Schmidt eindrucksvoll widerlegt und eher den ersten israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion bestätigt, der einmal gesagt hat: „Wer nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist.“ Glauben wir also weiter an Wunder. Bleiben wir Realisten. Sind total verrückt nicht eher die anderen, die mit scheinbar alternativloser betriebswirtschaftlicher Sachlogik einen Weltflughafen hier im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet ausbauen, damit die Gesundheit der Menschen in der Region dauerhaft schädigen und unsere lebens- und lebenswerte Heimat nachhaltig ruinieren? Sind das nicht die eigentlichen Spinner?“*

Steter Tropfen höhlt den Stein, sagt ein Sprichwort. Der Kampf hat sich bis jetzt gelohnt (Nachtflugverbot etc.), und er wird sich weiter lohnen, wenn wir uns nicht alles gefallen lassen.

Rudi Dötsch

„Gebührenbefreiung für Stadtpassinhaber nicht beschränken“ lautete ein weiterer Antrag.

Wir beantragten „Die Mittel für Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing - mit Ausnahme der Mittel für den „Wirtschaftsförderungsfonds“ - werden gestrichen. Die Stelle des Mitarbeiters im Bereich Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing wird mit einem kw-Vermerk versehen.“

In der Begründung hieß es: *Die „wirtschaftsorientierte“ neue Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung redet viel davon, noch stärker auf Wirtschaftsförderung zu setzen.*

*Mit den in diesem Bereich eingesetzten Mitteln - die jetzt noch erhöht werden sollen - wurde aus unserer Sicht in den*

*letzten fünfzehn Jahren kein nennenswerter Beitrag zur Entwicklung unserer Stadt geleistet. ...Die Mittel des „Wirtschaftsförderungsfonds“ zur Förderung und Unterstützung des Einzelhandels und einzelhandelsnaher Betriebe sollen auch weiterhin zur Verfügung stehen.*

Es gab den Antrag, den auf 6000,- EUR gekürzt, „Ansatz für Kommunale Entwicklungshilfe wie in früheren Jahren auf 13.500,- festzusetzen.“

Wir stellen einen Antrag:

„Mehr Geld für Städte und Gemeinden“. Er sollte an den Hessischen Landtag, den Bundestag, die Hessische Landesregierung und die Bundesregierung weitergeleitet werden. Hier hieß es u.a.: *Die Stadt Mörfelden-*

*Walldorf hat - wie die meisten Kommunen - ein Einnahmeproblem.*

*Die hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für eine entsprechende Finanzausstattung zu sorgen. Die Forderung nach mehr Geld für die Kommunen ist deshalb unverzichtbar.*

**Alle Anträge der DKP/LL wurden abgelehnt!**

**Das ist eine lange bekannte Praxis. Noch Fragen?**



Das Foto aus dem Jahre 1927 zeigt den heute noch bestehenden Gesangverein „Sängerlust“, der damals sein 50-jähriges Jubiläum feierte. Gegründet wurde der Verein von 38 sangesfreudigen jungen Männern im Jahre 1877 und ist somit der älteste noch bestehende Männergesangverein Walldorfs, der im Jahre 2017 sein 140-jähriges Jubiläum beging. 1864 gab es zwar schon einen Gesangverein mit dem Namen „Germania“, der aber 1872 - nach nur acht Jahren - wieder aufgelöst wurde. Die Männer in Walldorf, wie auch in anderen Gemeinden, waren um diese Zeit sehr sangesfreudig. In den knapp 30 Jahren zwischen 1877 und 1906 wurden vier Männergesangvereine gegründet. Es waren außer der „Sängerlust“ noch der 1888 entstandene „Liederzweig“, 1902 der „Frohsinn“ und 1906 der Arbeitergesangverein „Vorwärts“. Die Frauen haben sich erst in den 1920er Jahren zum Singen im Chor unter dem Namen „Harmonie“ zusammengefunden und schlossen sich 1931 dem Männergesangverein „Vorwärts“ an, der dann den Namen „Volkschor“ erhielt. Wie aus der Chronik der „Sängerlust“ zu ihrem „140-jährigen“ hervorgeht, brachte der Verein bereits im Jahre 1927 bei Veranstaltungen bis zu 120 Sänger auf die Bühne. Auch nach dem zweiten Weltkrieg, in den 1950er Jahren, war das Interesse am Chorgesang noch sehr groß. Damals brachte z. B. der „Volkschor“ bei Veranstaltungen bis zu 150 Sänger und Sängerinnen auf die Bühne. Heute leiden die traditionsreichen Vereine leider unter einem sehr starken Mitgliederschwund. Im Jahre 1933, als die Nazis an die Macht kamen, wurden alle Arbeitervereine, darunter auch die „Freien Turner“ und die ihnen angeschlossenen Gesangvereine (dazu gehörte auch der „Volkschor“ in Walldorf) verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt.



## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



**Konzert: Eine Katze ist eine Katze ist eine Katze ...**  
Samstag, 6. Januar 2018 - 20 Uhr - € 8,-/€ 6,-

**CoSiA Crow - Black & Blues**  
Afroamerikanische Märchen + Musik  
Samstag, 13. Januar 2018 - 20 Uhr - € 8,-/€ 5,- (ermäßigt)

**Ausstellungseröffnung**  
Kunstzirkel für Kinder - Heike Altner zeigt:  
„Aus Sicht der Kinder“  
Sonntag, 14. Januar 2018 - 15 Uhr - Eintritt frei

**Das Vinyl wird gerettet**  
Donnerstag, 18. Januar 2018 - 20 Uhr - Eintritt frei

**Jam Session**  
Freitag, 19. Januar 2018 - 20 Uhr -  
Eintritt frei

**Sonntagscafé mit Musik**  
Sonntag, 21. Januar 2018 - 15 Uhr - Eintritt frei

**Bal Folk Session für Musiker und ihre Gäste**  
Mittwoch, 24. Januar 2018 - 19 Uhr -  
Eintritt frei

**Irisches Kneipenkonzert**  
Samstag, 27. Januar 2018 - 20 Uhr  
Eintritt € 8,-/€ 6,- (ermäßigt)

## Unser Lexikon

### Schbrisch

Doo brauch'  
merr gor net  
driwwer redde . . .